

1976

Ausgegeben zu Bonn am 10. Juni 1976

Nr. 64

Tag

Inhalt

Seite

3. 6. 76	Neunzehntes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und der Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte (Neunzehntes Renten-anpassungsgesetz — 19. RAG) .....	1373
	820-1, 821-1, 822-1, 8232-4, 821-2, 822-8, 826-26, 8250-1, 8251-1, 8251-2, 827-13, 810-1	

### Neunzehntes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und der Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte (Neunzehntes Renten-anpassungsgesetz — 19. RAG)

Vom 3. Juni 1976

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### Erster Abschnitt

#### Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen

##### § 1

(1) In den gesetzlichen Rentenversicherungen werden aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1976 die Versicherten- und Hinterbliebenenrenten aus Versicherungsfällen, die im Jahre 1975 oder früher eingetreten sind, für Bezugszeiten vom 1. Juli 1976 an nach Maßgabe der §§ 2 bis 8 angepaßt.

(2) Zu den Renten im Sinne des Absatzes 1 gehören auch die nach Artikel 2 § 38 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes und Artikel 2 § 37 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 1. Januar bis 30. Juni 1976 erhöhten Renten, die Knappschaftsausgleichsleistung nach § 98 a des Reichsknappschaftsgesetzes und die Leistung nach den §§ 27 und 28 des Sozialversicherungs-Angleichungsgesetzes Saar vom 15. Juni 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 402).

(3) Absatz 1 findet auf den Knappschaftssold keine Anwendung.

##### § 2

(1) Renten, die nach den §§ 1253 ff. der Reichsversicherungsordnung, §§ 30 ff. des Angestelltenversicherungsgesetzes oder §§ 53 ff. des Reichsknappschaftsgesetzes berechnet sind, sind so anzupassen, daß sich eine Rente ergibt, wie sie sich nach Anwendung von § 1255 Abs. 1 letzter Halbsatz der Reichsversicherungsordnung, § 32 Abs. 1 letzter Halbsatz des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 54 Abs. 1 letzter Halbsatz des Reichsknappschaftsgesetzes sowie der Kürzungs- und Ruhensvorschriften ergeben würde, wenn die Rente ohne Änderung der übrigen Berechnungsfaktoren unter Zugrundelegung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1976 und der Beitragsbemessungsgrenze der knappschaftlichen Rentenversicherung für dieses Jahr berechnet würde; Abweichungen infolge Abrundungen sind zulässig. § 1282 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, § 59 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder § 79 Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes gilt nicht in den Fällen, in denen die §§ 1278 und 1279 der Reichsversicherungsordnung, §§ 55 und 56 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder §§ 75 und 76 des Reichsknappschaftsgesetzes angewendet worden sind.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Renten, bei denen § 1253 Abs. 2 Satz 5 allein oder in Verbindung mit § 1254 Abs. 2 Satz 2, § 1268 Abs. 2 Satz 2, § 1290 Abs. 3 Satz 3 letzter Halbsatz der Reichsversiche-

rungsordnung, § 30 Abs. 2 Satz 5 allein oder in Verbindung mit § 31 Abs. 2 Satz 2, § 45 Abs. 2 Satz 2, § 67 Abs. 3 Satz 3 letzter Halbsatz des Angestelltenversicherungsgesetzes, § 53 Abs. 3 Satz 5 allein oder in Verbindung mit § 53 Abs. 5 Satz 2, § 69 Abs. 2 Satz 2, § 82 Abs. 3 Satz 3 letzter Halbsatz des Reichsknappschaftsgesetzes, Artikel 2 § 38 Abs. 3 Satz 4 zweiter Halbsatz des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes oder Artikel 2 § 37 Abs. 3 Satz 4 zweiter Halbsatz des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes angewendet worden ist.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung, die nach Artikel 2 § 24 Abs. 5 des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes gezahlt werden.

### § 3

(1) Renten nach Artikel 2 §§ 32 bis 35 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes und Artikel 2 §§ 31 bis 34 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes sind so anzupassen, daß sich eine Rente ergibt, wie sie sich nach Anwendung der Ruhensvorschriften ergeben würde, wenn die Rente erneut umgestellt und dabei vor Anwendung der Ruhensvorschriften der ungekürzte Rentenbetrag ohne Kinderzuschuß für jedes Kind und ohne Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Höherversicherung mit 4,283 vervielfältigt und der Kinderzuschuß für jedes Kind nach der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1976 berechnet würde; Abweichungen infolge Abrundungen sind zulässig. § 2 Abs. 1 Satz 2 ist anzuwenden.

(2) Artikel 2 § 34 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes und Artikel 2 § 33 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes sind mit der Maßgabe anzuwenden, daß an Stelle der in diesen Vorschriften genannten Werte die nachstehenden Werte zugrunde zu legen sind:

Bei einer Versicherungsdauer von ... Jahren	Versichertenrenten DM/Monat	Witwen- und Witwerrenten DM/Monat
50 und mehr	2 292,20	1 375,30
49	2 246,30	1 347,80
48	2 200,50	1 320,30
47	2 154,60	1 292,80
46	2 108,80	1 265,30
45	2 063,00	1 237,80
44	2 017,10	1 210,30
43	1 971,30	1 182,80
42	1 925,40	1 155,30
41	1 879,60	1 127,80
40 und weniger	1 833,70	1 100,30

(3) Die Verordnung über die Anwendung der Ruhensvorschriften der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes auf um-

zustellende Renten der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten vom 9. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 704) findet mit der Maßgabe Anwendung, daß in § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 4 der Verordnung an die Stelle des Betrages von 7 650 Deutsche Mark der Betrag von 31 172,90 Deutsche Mark, in § 3 Abs. 1 der Verordnung an die Stelle des Betrages von 171,60 Deutsche Mark der Betrag von 735,00 Deutsche Mark, an die Stelle des Betrages von 471,60 Deutsche Mark der Betrag von 2 019,90 Deutsche Mark und in § 3 Abs. 2 der Verordnung an die Stelle des Betrages von 4 281 Deutsche Mark der Betrag von 18 337 Deutsche Mark tritt.

### § 4

(1) Die übrigen Renten sind so anzupassen, daß sich eine Rente ergibt, wie sie sich ergeben würde, wenn der nach § 5 zu ermittelnde Anpassungsbetrag mit 1,11 und der Leistungszuschlag der knappschaftlichen Rentenversicherung und der nach § 75 Abs. 1 Satz 2 des Reichsknappschaftsgesetzes zu belastende Betrag mit 1,118 vervielfältigt und der Kinderzuschuß für jedes Kind nach der allgemeinen Bemessungsgrundlage des Jahres 1976 berechnet würde; Abweichungen infolge Abrundungen sind zulässig. Die Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Höherversicherung bleiben unberührt. § 2 Abs. 1 Satz 2 findet Anwendung.

(2) Renten nach Absatz 1, die mit einer Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung zusammentreffen und auf die die §§ 1278 und 1279 der Reichsversicherungsordnung, §§ 55 und 56 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder §§ 75 und 76 des Reichsknappschaftsgesetzes anzuwenden sind, sind so anzupassen, daß sie mindestens den Betrag erreichen, der sich ergibt

- a) bei Renten aus Versicherungsfällen nach dem 31. Dezember 1956 und bei Renten mit Leistungen oder Leistungsanteilen aus der knappschaftlichen Rentenversicherung, wenn sie nach § 2,
- b) bei den übrigen Renten aus Versicherungsfällen vor dem 1. Januar 1957, wenn sie nach § 3 angepaßt würden.

### § 5

(1) Anpassungsbetrag ist in den Fällen des § 4 der Rentenzahlbetrag für Juli 1976 ohne Kinderzuschuß für jedes Kind und ohne Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Höherversicherung. In der knappschaftlichen Rentenversicherung vermindert sich der Rentenzahlbetrag außerdem um den Leistungszuschlag und den nach § 75 Abs. 1 Satz 2 des Reichsknappschaftsgesetzes zu belastenden Betrag. Ergibt sich bei erneuter Prüfung, daß die Rente unrichtig festgestellt, umgestellt oder nach Maßgabe des Ersten bis Achtzehnten Renten Anpassungsgesetzes angepaßt worden ist, so tritt an die Stelle des Rentenzahlbetrages im Sinne des Satzes 1 der Betrag, der sich nach erneuter Anwendung der Vorschriften über die Feststellung, Umstellung und Anpassung als Rentenzahlbetrag für Juli 1976 ergeben würde.

(2) In den Fällen, in denen für Juli 1976 keine Rente gezahlt worden ist oder sich der Zahlbetrag der Rente nach dem 30. Juni 1976 ändert, tritt an die Stelle des Rentenzahlbetrages im Sinne des Absatzes 1 der Betrag, der für Juli 1976 zu zahlen gewesen wäre, wenn die Voraussetzungen für die Erfüllung des Anspruchs damals bestanden hätten.

#### § 6

(1) Bei Renten aus der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten, die nach § 4 angepaßt werden, findet Artikel 2 § 34 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes oder Artikel 2 § 33 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes unter Zugrundelegung der Werte nach § 3 Abs. 2 Anwendung.

(2) Versichertenrenten der knappschaftlichen Rentenversicherung ohne Kinderzuschuß und ohne Leistungszuschlag, die nach § 4 angepaßt werden, dürfen die für den Versicherten maßgebende Rentenbemessungsgrundlage nicht überschreiten. Satz 1 gilt bei Hinterbliebenenrenten mit der Maßgabe, daß an die Stelle der für den Versicherten maßgebenden Rentenbemessungsgrundlage bei den Renten nach den §§ 64, 65 und 66 des Reichsknappschaftsgesetzes sechs Zehntel, bei Renten an Halbwaisen ein Zehntel und bei Renten an Vollwaisen ein Fünftel der für den Versicherten maßgebenden Rentenbemessungsgrundlage tritt.

(3) Versichertenrenten ohne Kinderzuschuß und ohne Leistungszuschlag sowie Hinterbliebenenrenten aus Versicherungsfällen nach dem 31. Dezember 1956, die mit einer Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung zusammentreffen und nach § 4 angepaßt werden, dürfen zusammen die in den §§ 1278 und 1279 der Reichsversicherungsordnung, §§ 55 und 56 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder die in den §§ 75 und 76 des Reichsknappschaftsgesetzes genannten Grenzbeträge, die bei der Berechnung der Renten nach § 2 zu berücksichtigen sind, nicht überschreiten. Satz 1 gilt auch für Renten aus Versicherungsfällen vor dem 1. Januar 1957, wenn Leistungen oder Leistungsanteile aus der knappschaftlichen Rentenversicherung zu gewähren sind.

(4) Die übrigen Renten aus Versicherungsfällen vor dem 1. Januar 1957, die mit einer Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung zusammentreffen und nach § 4 angepaßt werden, dürfen zusammen die in den §§ 1278 und 1279 der Reichsversicherungsordnung oder die in den §§ 55 und 56 des Angestelltenversicherungsgesetzes genannten Grenzbeträge, die bei der Berechnung der Rente nach § 3 zu berücksichtigen sind, nicht überschreiten.

#### § 7

Leistungen nach den §§ 27 und 28 des Sozialversicherungs-Angleichungsgesetzes Saar vom 15. Juni 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 402) sind so anzupassen, daß sich ein Zahlbetrag ergibt, wie er sich bei Anwendung des Saarländischen Gesetzes Nr. 345 in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1953

(Amtsblatt des Saarlandes S. 520) und der Vorschriften dieses Gesetzes unter Zugrundelegung der bisherigen Versicherungszeiten ergeben würde.

#### § 8

Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten im Saarland unter Berücksichtigung der Fassung, in der die in den §§ 1 bis 7 aufgeführten Vorschriften im Saarland anzuwenden sind, und zwar auch für Renten, die nach Artikel 2 § 15 des Gesetzes Nr. 591 zur Einführung des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes im Saarland vom 13. Juli 1957 (Amtsblatt des Saarlandes S. 779), Artikel 2 § 17 des Gesetzes Nr. 590 zur Einführung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes im Saarland vom 13. Juli 1957 (Amtsblatt des Saarlandes S. 789) und Artikel 4 § 9 des Gesetzes Nr. 635 zur Einführung des Reichsknappschaftsgesetzes und des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes im Saarland vom 18. Juni 1958 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1099) gewährt werden.

### Zweiter Abschnitt

#### Anpassung der Geldleistungen und des Pflegegeldes aus der gesetzlichen Unfallversicherung

#### § 9

(1) In der gesetzlichen Unfallversicherung werden aus Anlaß der Veränderung der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme zwischen den Kalenderjahren 1974 und 1975 die vom Jahresarbeitsverdienst abhängigen Geldleistungen für Unfälle, die im Jahre 1974 oder früher eingetreten sind, und das Pflegegeld für Bezugszeiten vom 1. Januar 1977 an nach Maßgabe der §§ 10 und 11 angepaßt.

(2) Absatz 1 gilt nicht, soweit die Geldleistungen in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung nach einem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst berechnet sind, soweit die Geldleistungen auf Grund des § 13 Abs. 2 des Achtzehnten Renten Anpassungsgesetzes gewährt werden.

(3) Als Geldleistung im Sinne des Absatzes 1 gilt auch eine Leistung nach § 27 des Sozialversicherungs-Angleichungsgesetzes Saar vom 15. Juni 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 402), die von einem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung zu gewähren ist.

(4) In den Fällen der §§ 565 und 566 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Sechsten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 9. März 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 107) und in den Fällen des § 573 Abs. 1 und des § 577 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung vom 30. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 241) gilt als Unfalljahr das Jahr, für das der Jahresarbeitsverdienst zuletzt festgelegt worden ist.

## § 10

(1) Die Geldleistungen werden in der Weise angepaßt, daß sie nach einem mit 1,070 vervielfältigten Jahresarbeitsverdienst berechnet werden. Für die nach § 27 des Sozialversicherungs-Angleichungsgesetzes Saar vom 15. Juni 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 402) zu gewährenden Geldleistungen gilt als Jahresarbeitsverdienst der Betrag, der ohne eine Kürzung nach § 9 des Saarländischen Gesetzes Nr. 345 in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1953 (Amtsblatt des Saarlandes S. 520) der Geldleistung zugrunde liegt.

(2) Das Pflegegeld wird in der Weise angepaßt, daß der für Januar 1977 zu zahlende Betrag mit 1,070 zu vervielfältigen ist.

## § 11

Der vervielfältigte Jahresarbeitsverdienst darf den Betrag von 36 000 Deutsche Mark nicht übersteigen, es sei denn, daß gemäß § 575 Abs. 2 Satz 2 und 3 der Reichsversicherungsordnung ein höherer Betrag bestimmt worden ist. In diesem Fall tritt an die Stelle des Betrages von 36 000 Deutsche Mark der höhere Betrag.

**Dritter Abschnitt****Anpassung der Altersgelder  
in der Altershilfe für Landwirte**

## § 12

In der Altershilfe für Landwirte werden wegen der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage in der Rentenversicherung der Arbeiter für das Jahr 1976 gegenüber derjenigen für das Jahr 1975 um 11 vom Hundert die in § 4 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1448), zuletzt geändert durch das Sozialgesetzbuch (SGB) — Allgemeiner Teil — vom 11. Dezember 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 3015), bezeichneten Altersgelder ab 1. Januar 1977 für den verheirateten Berechtigten auf 362,10 Deutsche Mark und für den unverheirateten Berechtigten auf 241,60 Deutsche Mark monatlich festgesetzt.

**Vierter Abschnitt****Gemeinsame Vorschriften**

## § 13

(1) Renten aus den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, die nach den §§ 2 und 3 anzupassen sind, Renten mit Leistungen oder Leistungsanteilen aus der knappschaftlichen Rentenversicherung, Renten nach Artikel 2 § 42 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes und Artikel 2 § 41 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes und die in § 2 Abs. 2 genannten Renten, die mit einer Rente aus der gesetzlichen

Unfallversicherung zusammentreffen, dürfen nach Anwendung der §§ 1278 und 1279 der Reichsversicherungsordnung, §§ 55 und 56 des Angestelltenversicherungsgesetzes und §§ 75 und 76 des Reichsknappschaftsgesetzes zusammen mit der Rente aus der Unfallversicherung den Betrag nicht unterschreiten, der als Summe dieser Renten für Dezember 1963 gezahlt worden ist; Kinderzuschüsse und Kinderzulagen bleiben unberücksichtigt. Satz 1 gilt auch in den Fällen des § 1282 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, § 59 Abs. 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 79 Abs. 1 des Reichsknappschaftsgesetzes. Ergibt in den übrigen Fällen die Anpassung nach dem Ersten Abschnitt keinen höheren als den bisherigen Zahlbetrag, so ist dieser weiterzuzahlen.

(2) Ist eine Geldleistung aus der gesetzlichen Unfallversicherung, die auf Grund der bisherigen gesetzlichen Vorschriften festgestellt worden ist oder hätte festgestellt werden müssen, höher, als sie bei der Anpassung nach dem Zweiten Abschnitt sein würde, so ist dem Berechtigten die höhere Leistung zu gewähren.

## § 14

(1) Jedem Leistungsempfänger ist die Höhe der Leistung, die ihm vom Zeitpunkt der Anpassung auf Grund dieses Gesetzes an zusteht, schriftlich mitzuteilen.

(2) Ergibt eine spätere Überprüfung, daß die Anpassung fehlerhaft ist, so ist sie zu berichtigen. Die Leistung ist in ihrer bisherigen Höhe bis zum Ablauf des Monats zu gewähren, in dem der Berichtigungsbescheid zugestellt wird. Eine Rückforderung überzahlter Beträge findet nicht statt. Die Berichtigung ist nur innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt, von dem an die Anpassung der Leistung nach diesem Gesetz wirksam wird, zulässig.

(3) Die §§ 627 und 1300 der Reichsversicherungsordnung, § 79 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 93 Abs. 1 des Reichsknappschaftsgesetzes bleiben unberührt.

**Fünfter Abschnitt****Anderung von Vorschriften  
in anderen Gesetzen**

## § 15

Die Reichsversicherungsordnung wird wie folgt geändert:

1. In § 558 Abs. 3 werden die Worte „252 Deutsche Mark bis 1 006 Deutsche Mark“ durch die Worte „270 Deutsche Mark bis 1 076 Deutsche Mark“ ersetzt.
2. In § 583 Abs. 5 werden in Nummer 6 nach dem Wort „Verletzten“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und die Nummern 7 und 8 gestrichen.

## 3. § 595 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Waisenrente erhalten auch Pflegekinder des Verstorbenen im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 des Bundeskindergeldgesetzes sowie seine Enkel und Geschwister, die er in seinen Haushalt aufgenommen oder überwiegend unterhalten hat.“

## 4. § 654 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden die Worte „und Nr. 17“ gestrichen.

b) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. in den Fällen des § 539 Abs. 1 Nr. 14 Buchstabe c, wenn sie die Maßnahme nach den §§ 14, 33 bis 49, 56 bis 62 und 91 bis 99 des Arbeitsförderungsgesetzes selbst durchführt, sowie in den Fällen des § 539 Abs. 1 Nr. 17 Buchstaben b und c, wenn sie Rehabilitationsträger ist.“

## 5. § 725 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Berufsgenossenschaften haben unter Berücksichtigung der anzuzeigenden Arbeitsunfälle (§ 1552 Abs. 1) Zuschläge aufzuerlegen oder Nachlässe zu bewilligen. Wegeunfälle (§ 550) bleiben dabei außer Ansatz. Die Höhe der Zuschläge und Nachlässe richtet sich nach der Zahl, der Schwere oder den Kosten der Arbeitsunfälle oder nach mehreren dieser Merkmale. An Stelle von Nachlässen oder zusätzlich zu den Nachlässen können nach der Wirksamkeit der Unfallverhütung gestaffelte Prämien gewährt werden. Das Nähere bestimmt die Satzung; dabei kann sie Berufskrankheiten sowie Arbeitsunfälle, die durch höhere Gewalt oder durch alleiniges Verschulden nicht zum Unternehmen gehörender Personen eintreten, ausnehmen.“

6. In § 769 Abs. 2 Nr. 3 werden die Worte „§§ 724, 725 Abs. 1, §§ 726 bis 734,“ durch die Worte „§§ 724 bis 734,“ ersetzt.

7. a) In § 770 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Sie kann auch bestimmen, daß den Mitgliedern unter Berücksichtigung der Arbeitsunfälle, die die nach § 539 Abs. 1 Nr. 1 Versicherten erlitten haben, gemäß den Grundsätzen des § 725 Abs. 2 Zuschläge auferlegt oder Nachlässe bewilligt oder Prämien gewährt werden.“

b) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.

8. § 891 a Abs. 1 Satz 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„Die See-Berufsgenossenschaft kann unter ihrer Haftung mit Genehmigung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung für die Gewährung eines Überbrückungsgeldes nach Vollendung des 55. Lebensjahres sowie eines Über-

brückungsgeldes auf Zeit bei einem früheren Ausscheiden aus der Seefahrt an Seeleute sowie Küstenschiffer und Küstentfischer, die nach § 539 Abs. 1 Nr. 6 versichert sind, eine Seemannskasse mit eigenem Haushalt einrichten. Die Mittel für die Seemannskasse sind im Wege der Umlage durch die Unternehmer aufzubringen, die bei ihr versichert sind oder bei ihr Versicherte beschäftigen.“

9. In § 1230 wird Absatz 5 gestrichen.

10. § 1262 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Worte „bis zur Höhe“ durch die Worte „in Höhe“ ersetzt.

b) In Absatz 2 werden in Nummer 6 nach dem Wort „Versicherten“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und die Nummern 7 und 8 gestrichen.

11. In § 1267 Satz 1 werden nach dem Klammervermerk „(§ 1262 Abs. 2)“ die Worte „seine Pflegekinder im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 des Bundeskindergeldgesetzes sowie seine Enkel und Geschwister, die er in seinen Haushalt aufgenommen oder überwiegend unterhalten hat,“ eingefügt.

## § 16

Das Angestelltenversicherungsgesetz wird wie folgt geändert:

1. In § 7 wird Absatz 6 gestrichen.

2. In § 39 Abs. 2 werden in Nummer 6 nach dem Wort „Versicherten“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und die Nummern 7 und 8 gestrichen.

3. In § 44 Satz 1 werden nach dem Klammervermerk „(§ 39 Abs. 2)“ die Worte „, seine Pflegekinder im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 des Bundeskindergeldgesetzes sowie seine Enkel und Geschwister, die er in seinen Haushalt aufgenommen oder überwiegend unterhalten hat,“ eingefügt.

## § 17

Das Reichsknappschaftsgesetz wird wie folgt geändert:

1. In § 32 wird Absatz 5 gestrichen.

2. In § 60 Abs. 2 werden in Nummer 6 nach dem Wort „Versicherten“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und die Nummern 7 und 8 gestrichen.

3. In § 67 Satz 1 werden nach dem Klammervermerk „(§ 60 Abs. 2)“ die Worte „, seine Pflegekinder im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 des Bundeskindergeldgesetzes sowie seine Enkel und Geschwister, die er in seinen Haushalt aufgenommen oder überwiegend unterhalten hat,“ eingefügt.

## § 18

Das Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz wird wie folgt geändert:

In Artikel 2 § 26 Abs. 1 wird das Komma nach den Worten „31. Dezember 1956 aufgelöst oder für nichtig erklärt ist“ durch einen Punkt ersetzt; die nachfolgenden Worte werden gestrichen.

## § 19

Das Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 2 § 25 Abs. 1 wird das Komma nach den Worten „31. Dezember 1956 aufgelöst oder für nichtig erklärt ist“ durch einen Punkt ersetzt; die nachfolgenden Worte werden gestrichen.

2. In Artikel 2 wird nach § 48 a folgender § 48 b eingefügt:

## „§ 48 b

(1) Personen, die auf Grund der Nummer 2 der Sozialversicherungsanordnung Nr. 42 vom 6. August 1948 (Arbeitsblatt für die britische Zone Seite 317) in der Zeit vom 1. August 1948 bis zum 28. Februar 1957 in der ehemaligen britischen Zone wegen ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Roten Kreuz versicherungsfrei waren, werden auf Antrag in der Angestelltenversicherung für die Zeit dieser Versicherungsfreiheit nachversichert.

(2) Als versicherungspflichtiger Entgelt ist der wirkliche Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, mindestens jedoch ein Monatsentgelt von 150 Deutsche Mark. Sind für die Zeit der Nachversicherung freiwillige Beiträge entrichtet worden und ergibt sich aus ihnen ein höherer versicherter Entgelt als der nach Satz 1 zugrunde zu legende Entgelt, so ist dieser als versicherungspflichtiger Entgelt zugrunde zu legen. Im übrigen gelten freiwillige Beiträge, die für die Zeit der Nachversicherung entrichtet worden sind, als nicht entrichtet.

(3) § 124 Abs. 4 des Angestelltenversicherungsgesetzes gilt entsprechend. Wird durch Absatz 1 erstmals ein Anspruch auf eine Leistung oder auf eine höhere Leistung begründet, ist die Leistung frühestens vom 1. Juli 1976 an zu gewähren.

(4) Zur Abgeltung der Beiträge für die Nachversicherung zahlt der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e. V. einen Betrag von einer Million Deutsche Mark in drei gleich hohen Raten jeweils bis zum Ablauf der Jahre 1976, 1977 und 1978 an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

(5) Der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e. V. teilt der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bis zum 31. Dezember 1977 alle Personen mit, die nach Absatz 1 nachversichert werden. Die Mitteilung

soll Name, Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum, Beginn und Ende der versicherungsfreien Beschäftigungszeiten und die Höhe der Bruttoentgelte, einschließlich des Wertes etwaiger Sachbezüge und Nutzungen, die in den einzelnen Kalenderjahren für die genannten Beschäftigungszeiten gezahlt worden sind, enthalten. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte beurkundet die Zeiten und Entgelte und erteilt dem Versicherten darüber eine Aufrechnungsbescheinigung.“

## § 20

Das Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz wird wie folgt geändert:

In Artikel 2 § 19 Abs. 2 wird das Komma nach den Worten „31. Dezember 1956 aufgelöst oder für nichtig erklärt ist“ durch einen Punkt ersetzt; die nachfolgenden Worte werden gestrichen.

## § 21

Das Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1965) wird wie folgt geändert:

In Artikel 6 § 1 werden die Worte „nach diesem Zeitpunkt“ durch die Worte „nach dem 30. Juni 1963“ ersetzt.

## § 22

Das Handwerkerversicherungsgesetz vom 8. September 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1881), wird wie folgt ergänzt:

In § 4 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„§ 1387 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung gilt.“

## § 23

Das Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1448), zuletzt geändert durch das Sozialgesetzbuch (SGB) — Allgemeiner Teil — vom 11. Dezember 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 3015), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 a Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Klammervermerk „(§ 1262 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung)“ die Worte „, seine Pflegekinder im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 des Bundeskindergeldgesetzes sowie seine Enkel und Geschwister, die er in seinen Haushalt aufgenommen oder überwiegend unterhalten hat,“ eingefügt.

2. In § 4 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „1. Januar 1976“ durch die Worte „1. Januar 1977“, die Worte „326,20 Deutsche Mark“ durch „362,10 Deutsche Mark“ und die Worte „217,60 Deutsche Mark“ durch „241,60 Deutsche Mark“ ersetzt.

## § 24

Das Gesetz zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1448), zuletzt geändert durch das Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1965), wird wie folgt geändert:

In Artikel 2 § 6 a wird das Komma nach den Worten „30. September 1957 aufgelöst oder für nichtig erklärt worden ist“ durch einen Punkt ersetzt; die nachfolgenden Worte werden gestrichen.

## § 25

Das Gesetz über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vom 31. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1660) wird wie folgt geändert:

In § 12 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 2 a eingefügt:

„(2 a) Bei Personen im Sinne der §§ 1 bis 4 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1565, 1807), zuletzt geändert durch Artikel 89 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), stehen Zeiten einer Beschäftigung als landwirtschaftlicher Arbeitnehmer in Gebieten, in denen diese Personen vor der Vertreibung, Flucht oder Aussiedlung ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hatten, bei Anwendung der Absätze 1 und 2 den Zeiten einer Beschäftigung als landwirtschaftlicher Arbeitnehmer im Geltungsbereich dieses Gesetzes (§ 2 Abs. 2) gleich, wenn im Geltungsbereich dieses Gesetzes wieder eine Beschäftigung als landwirtschaftlicher Arbeitnehmer ausgeübt worden ist; für Personen aus den in § 3 Abs. 1 des Bundesvertriebenengesetzes genannten Gebieten gilt dies auch, wenn die dort genannten persönlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.“

## § 26

Das Arbeitsförderungsgesetz wird wie folgt geändert:

In § 75 Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „16. Dezember“ durch die Worte „1. Dezember“ ersetzt.

**Sechster Abschnitt****Übergangs- und Schlußvorschriften**

## § 27

Die Erhöhungsbeträge auf Grund dieses Gesetzes bleiben vom 1. Juli bis 31. Dezember 1976 bei der Ermittlung anderen Einkommens unberücksichtigt, wenn bei Sozialleistungen auf Grund eines Gesetzes oder anderer Vorschriften die Gewährung oder die

Höhe der Leistungen von anderem Einkommen abhängig ist, längstens jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Sozialleistungen in dem angegebenen Zeitraum allgemein wegen der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt oder neu festgestellt werden.

## § 28

§ 583 Abs. 5 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung dieses Gesetzes gilt auch für Arbeitsunfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind. § 1262 der Reichsversicherungsordnung, § 39 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 60 des Reichsknappschaftsgesetzes in der Fassung dieses Gesetzes gelten auch für Versicherungsfälle, die vor ihrem Inkrafttreten eingetreten sind.

## § 29

Ist eine Ehe in der Zeit vom 1. Januar 1957 bis zum 31. Dezember 1972 aus alleinigem oder überwiegendem Verschulden der Witwe, des Witwers oder des früheren Ehegatten aufgelöst oder für nichtig erklärt worden, gelten § 1291 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, § 68 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 83 Abs. 3 des Reichsknappschaftsgesetzes mit der Maßgabe, daß die wiederaufgelebte Hinterbliebenenrente am 1. Dezember 1974 beginnt, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres nach dem Ende des Monats, in dem dieses Gesetz verkündet worden ist, gestellt wird. Der Beginn der wiederaufgelebten Hinterbliebenenrente richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften, wenn der Antrag vor dem 1. Dezember 1974 gestellt und die Entscheidung über ihn nicht bereits vor diesem Zeitpunkt unanfechtbar geworden ist; in diesen Fällen ist für den Beginn der wiederaufgelebten Hinterbliebenenrente der vor dem 1. Dezember 1974 gestellte Antrag maßgebend. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Anwendung des § 615 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und § 10 Abs. 5 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1448), zuletzt geändert durch das Sozialgesetzbuch (SGB) — Allgemeiner Teil — vom 11. Dezember 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 3015) mit der Maßgabe, daß an die Stelle des 1. Januar 1957 in der Unfallversicherung der 1. Juli 1963 und in der Altershilfe für Landwirte der 1. Oktober 1957 tritt.

## § 30

§ 15 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vom 31. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1660) gilt für Personen, deren Anspruch auf Ausgleichsleistung erst durch dieses Gesetz begründet worden ist, mit der Maßgabe, daß bei Antragstellung bis zum 30. September 1976 die Ausgleichsleistung für Zeiträume ab 1. Juli 1973,

frühestens jedoch von dem Zeitpunkt an, in dem die übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, festzustellen und auszuzahlen ist.

### § 31

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

### § 32

(1) Es treten in Kraft:

§ 25 mit Wirkung vom 4. August 1974,

§ 15 Nr. 4 mit Wirkung vom 1. Oktober 1974,

§§ 18, 19 Nr. 1, §§ 20 und 21, §§ 24 und 29 mit Wirkung vom 1. Dezember 1974,

§ 15 Nr. 5 bis 7 mit Wirkung vom 1. Januar 1976,

§ 15 Nr. 2, 3, 10 und 11, § 16 Nr. 2 und 3, § 17 Nr. 2 und 3, § 23 Nr. 1 und § 28 am 1. Juli 1976,

§ 15 Nr. 1 und § 23 Nr. 2 am 1. Januar 1977,

die übrigen Vorschriften am Tage nach der Verkündung.

(2) Soweit auf Grund des § 29 Leistungen vor dem 1. Dezember 1974 beginnen, gelten die durch dieses Gesetz vorgenommenen Änderungen auch für die Zeit vor dem 1. Dezember 1974.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 3. Juni 1976

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung  
Walter Arendt

Der Bundesminister der Finanzen  
Hans Apel

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
J. Ertl

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.